

Niederschrift
über die öffentlichen Sitzung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung
am 04.09.2012

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 16:35 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 18:25 Uhr

Anwesend:

Ordentliche Mitglieder

Herr Willi Blumensaat
Frau Ursula Burkert
Herr Peter Edinger
Herr Gerd-Peter Grün
Frau Ulrike Homann
Herr Marcus Kleinkes
Herr Gerd Kranzmann
Georg Müller
Frau Iris Papachristos
Herr Andreas Rüter
Frau Dr. Ingetraud Schulze
Herr Thomas Wandersleb

Stellvertretende Mitglieder

Herr Bernd Schatschneider

Verwaltung

Herr Harald Drescher
Frau Almut Fortmeier
Herr Stefan Günther
Frau Regina Prizebilla-Voigt
Herr Frank Spengemann
Herr Dr. Udo Witthaus

Schriftführung

Christian Poetting

Nicht anwesend:

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Schulentwicklung in benachbarten Kommunen

Von Seiten der Schulverwaltung wird erläutert, welche schulentwicklungsplanerischen Prozesse derzeit in benachbarten Kommunen stattfinden. Eine Übersicht ist als Anlage beigefügt. Zusammenfassend ist festzustellen, dass mehrere Sekundarschulen und Gesamtschulen geplant sind. Da die kleineren Nachbargemeinden in den meisten Fällen über einfachere Schulstrukturen mit maximal zwei Schulen je Schulform verfügen, sind die Planungsprozesse häufig weniger konfliktreich. In den dargelegten Planungen ist in die Gründung von integrierten Schulen jeweils auch eine Realschule einbezogen. Herr Drescher weist darauf hin, dass eine Errichtung einer Sekundarschule ohne Aufgabe einer Realschule zwar schulrechtlich möglich, aber schulfachlich aufgrund der zu erwartenden Leistungshomogenität abzulehnen sei.

Die Errichtung integrierter Schulsysteme in den Randbereichen der Stadt Bielefeld kann zum Einen dazu führen, dass auswärtige Schülerinnen und Schüler nicht mehr Bielefelder Schulen besuchen, und zum anderen eine Abwanderung der Bielefelder Schülerinnen und Schüler ins Umland mit sich bringen. Eine Bestandsgefährdung Bielefelder Schulen ist dabei nicht auszuschließen. Die weiteren Planungen in Bielefeld sollen nicht als Reaktion auf benachbarte Prozesse erfolgen sondern als stadtinterne Schulentwicklung verstanden werden.

Die Verwaltung wird gebeten, Informationen in den benachbarten Kommunen zu Elternbefragungen und Konfliktpunkten abzufragen, um die jeweiligen Erfahrungen im eigenen Schulentwicklungsprozess nutzen zu können.

Zu Punkt 2 2. Lesung des Eckpunktepapiers zur Schulentwicklungsplanung für die Sekundarstufe I unter Einbeziehung der Ergebnisse des politischen Diskussionsprozesses

Herr Drescher und Herr Müller weisen für Schulaufsicht und Schulverwaltung darauf hin, dass für die Hauptschulen im Vorfeld der Anmeldungen zum Schuljahr 2013/14 Entscheidungen getroffen werden müssen. An vier Hauptschulen ist aufgrund fehlender Eingangsklassen bzw. Jahrgangsstufen kein regulärer Unterricht mehr möglich. Weitere Aufnahmeverfahren sollten hier durch rechtzeitige Auflösungsbeschlüsse bis spätestens zum Ende des Jahres verhindert werden. Herr Drescher weist ergänzend darauf hin, dass zusätzlich zu den Auflösungsbeschlüssen auch gleichzeitig geregelt werden sollte, wie und an welchen Standorten der Auslauf der Schulen zu organisieren ist. In der Beurteilung der Hauptschulsituation besteht in der AG SEP ein Konsens. Eine isolierte Betrachtung der Hauptschulsituation wird teilweise allerdings auch kritisch gesehen. Wünschenswert ist eine schulentwicklungsplanerische Lösung für alle Schulformen. Von den

Elternvertretern wird erklärt, dass momentan in der Elternschaft große Verunsicherung herrscht und klare Entscheidungen gewünscht werden.

Von Seiten der Verwaltung wird auf die vorgestellten Szenarien zu möglichen Standorten von Sekundar- und/oder Gesamtschulen verwiesen. Fraglich ist, wie man bestehende und etablierte Schulen in den Entwicklungsprozess einbeziehen kann. Es soll ein möglichst großer Konsens zur Schulentwicklung mit Politik und Eltern erreicht werden, um eine dauerhaft zukunftsfähige Schullandschaft zu erhalten. Kontrovers diskutiert wird die Frage, ob eine Elternbefragung vorab oder nach der Vorlage konkreter Vorschläge zur Bedarfsermittlung herangezogen werden soll. Herr Müller weist darauf hin, dass eine Sekundarschule zu errichten ist, sobald mindestens 75 befürwortende Stimmen aus der befragten Elternschaft vorliegen.

Die Verwaltung wird gebeten, vorbereitende Arbeiten für eine Elternbefragung zu organisieren, so dass nach einem entsprechenden Votum in der AG Schulentwicklungsplanung schnell gehandelt werden kann.

Wichtig ist es allen Beteiligten, die Eltern ausreichend über die neue Schulform Sekundarschule zu informieren. Es soll nicht der Anschein erweckt werden, dass die neue Schulform lediglich als Ersatz für auslaufende Hauptschulen dienen soll. Neben der zentralen Informationsveranstaltung „Wohin nach der Grundschule?“ im Ratssaal am 29.10. sollen möglichst die Eltern der Dritt- und Viertklässler von der Verwaltung über den Schulformwechsel informiert werden. Einen entsprechenden Beschluss hierzu hat der Schul- und Sportausschuss bereits in seiner Sitzung am 26.06.2012 getroffen.

Zu Punkt 3

Zeitplanung für schulorganisatorische Maßnahmen

Da der politische Meinungsbildungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, wird dieser Tagesordnungspunkt auf die **nächste Sitzung der AG SEP** verschoben, die auf den **02.10.2012, 15.00 Uhr** terminiert wird. Ziel ist eine abschließende Beschlussfassung in der Ratssitzung am 20.12.2012.

Christian Poetting